Deutschland eine Zukunft geben

Raus aus der Lockdown-Krise - Wohlstandslügen entlarven

Uwe Schulz, MdB
Dr. Frank Grobe, MdL

Alternative für Deutschland

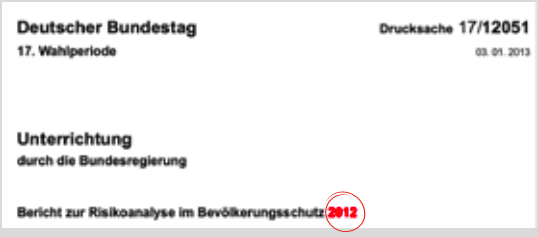
3. Auflage

Das Jahrtausend der Krisen

Bereits die ersten 20 Jahre des 21. Jahrhunderts reichten aus, um die Welt, wie wir sie kennen, vollends aus den Angeln zu heben.

Eine Krise jagt die andere. Vor gesellschaftlichen Umbrüchen und kulturellen Verwerfungen werden die Augen verschlossen. In der „Corona-Krise", die in Wahrheit eine „Lockdown-Krise" ist, zeigen sich die gigantischen politischen Lügen der letzten Jahre.

Die Bundesregierung und alle Parteien, außer der AfD, verbreiten seit Jahren sehr erfolgreich das Märchen vom „immerwährenden Reichtum" und vom reichen Deutschland. Aber die Wahrheit ist: Der unbedachte Umgang mit Volksvermögen, die wahnhaft fehlgesteuerte Währungs- und Geldpolitik der EU, die aufgeblähten Schuldenberge haben einen wirtschaftlichen Zusammenbruch historischen Ausmaßes eingeleitet. Die Misere offenbart sich mit einer Viruserkrankung: Corona.


Deutscher Bundestag — Drucksache 17/12051
17. Wahlperiode — 03. 01. 2013

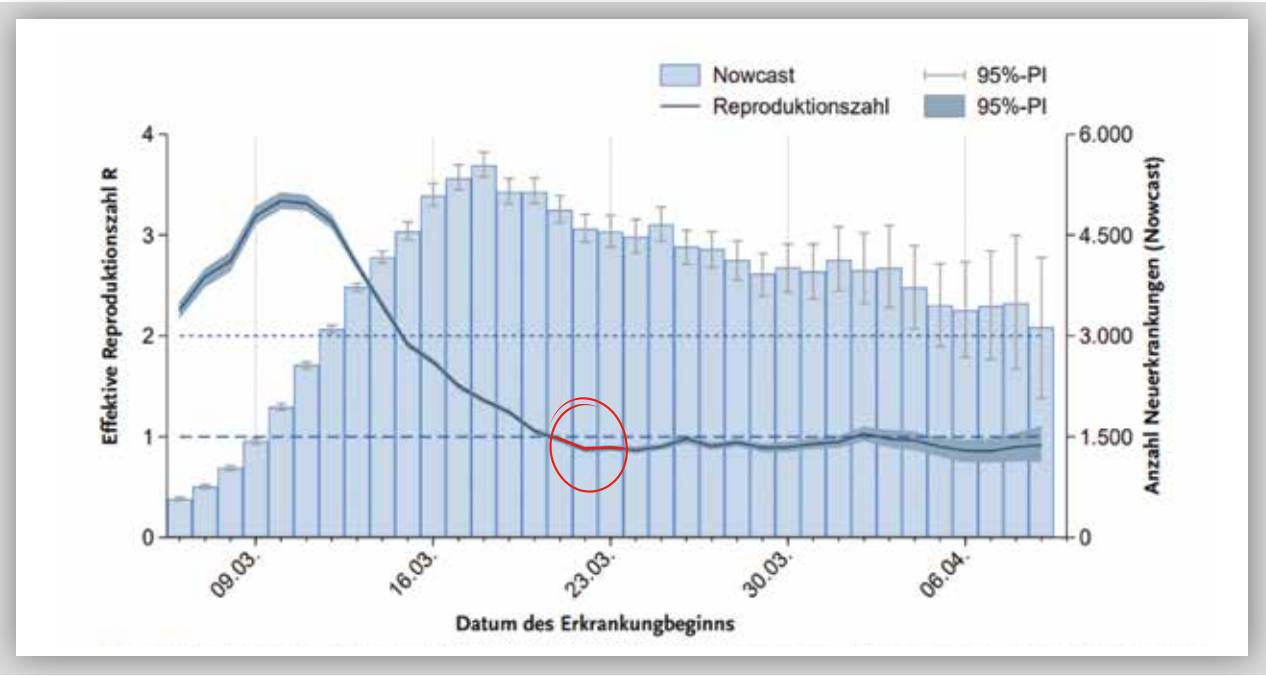
Unterrichtung
durch die Bundesregierung

Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012

Erste Fälle von Corona traten im Dezember 2019 in China auf. Die deutsche Regierung ignorierte Warnungen und verschenkte noch zu Jahresbeginn Schutzausrüstung nach Asien. Produkte, die in Deutschland später fehlten, als die WHO nach einer Änderung der Definition von Pandemien Corona zu einer solchen erklärte.

Die mangelnde Risikovorsorge in Deutschland wurde bekannt, als im Frühjahr 2020 eine von der Regierung schon 2013 in Auftrag gegebene „Risikoanalyse Bevölkerungsschutz" publik wurde.

Die Bundesregierung zeigte sich erst spät, nämlich ab März 2020, „überrascht" von einer potentiellen Bedrohung Deutschlands durch Corona. In der Folge wurde das öffentliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in Deutschland komplett heruntergefahren. Dieser „Lockdown" ist zu einem Zeitpunkt verfügt worden, als die Verbreitung des Virus längst eingedämmt war. Die Mediziner sprechen hier vom Sinken der Reproduktionszahl „R" auf unter 1. **Das war bereits Mitte März 2020 der Fall,** siehe nachfolgende Grafik:



Mittlerweile zeigt sich, dass die meisten ergriffenen Maßnahmen epidemiologisch nicht geboten waren und sich ökonomisch, gesellschaftlich und sozial katastrophal ausgewirkt haben bzw. sich noch auswirken werden. „Astronomische Fehlrechnungen" der Bundesregierung und der sie beratenden Experten (so schrieb sogar die linke „taz" am 10.8.2020) führen zu Konsequenzen für Wirtschaft, Arbeitnehmer und Gesellschaft, die alles übersteigen werden, was wir kennen. Corona ist so tödlich wie eine normale Grippe, die die Zivilisation regelmäßig jedes Jahr heimsucht. Corona als Pandemie ist nach heutigem Wissen ein „Fehlalarm".

Ist Corona der „Schwarze Schwan"[2], also das wesentliche Ereignis, dass das Kartenhaus der zahllosen ökonomischen und politischen Fehlleistungen der letzten Jahre zum Einsturz bringen wird? Die nahe Zukunft wird es zeigen.

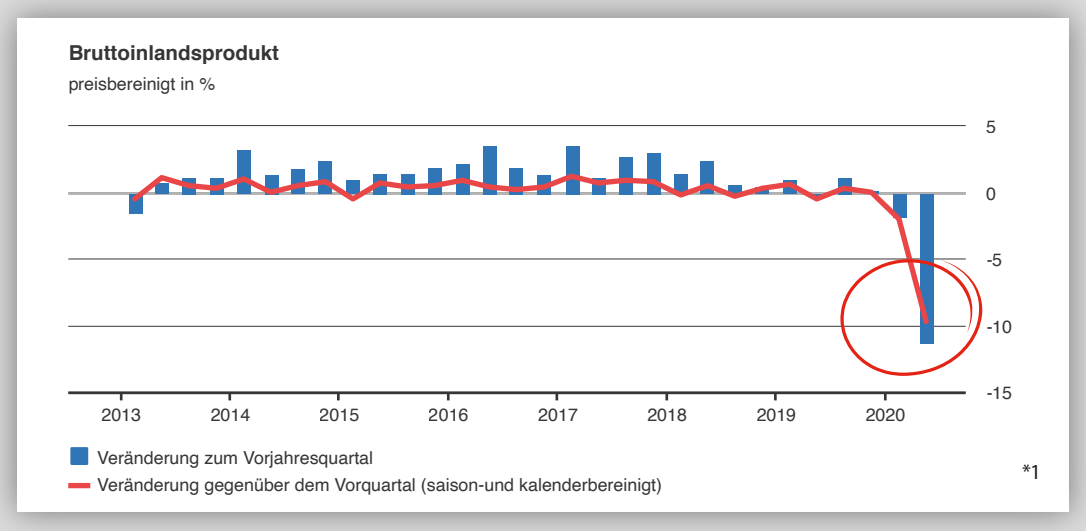
**1: Robert-Koch-Institut (Regel-Reporting)*
**2: Zum „Schwarzen Schwan" vgl. u.A. Nassim Tales „Der Schwarze Schwan", 4. Auflage, 2018; Markus Krall „Wenn Schwarze Schwäne Junge kriegen", 3. Auflage, 2019*

AfD-Bundestagsfraktion: Sondieren und Handeln!

Auch die Bundestagsfraktion der Alternative für Deutschland musste zunächst die Lage zu Corona sondieren. Unser mahnender Appell an die Bundesregierung, breite Expertenmeinungen einzuholen, um das Ausmaß der Krankheit abschätzen zu können, verhallte ungehört. Wie schon in der jüngsten Vergangenheit bei den Themen **Energie - Asyl - Klima** geschehen, wurden wieder nur regierungsgenehme Experten angehört. In trauter Eintracht verhängten Regierung, Altparteien, NGOs und Medien erneut Denkverbote. Alle abweichenden Expertenmeinungen wurden ausgeschaltet, deren Vertreter als Abweichler verhöhnt und geächtet.

Fehlende Meinungspluralität, unterlassenes Abwägen zwischen möglichen Maßnahmen und das Brechen mit allen Maßstäben der Verhältnismäßigkeit haben aus einer Corona-Krise schließlich eine veritable Lockdown-Krise gemacht.

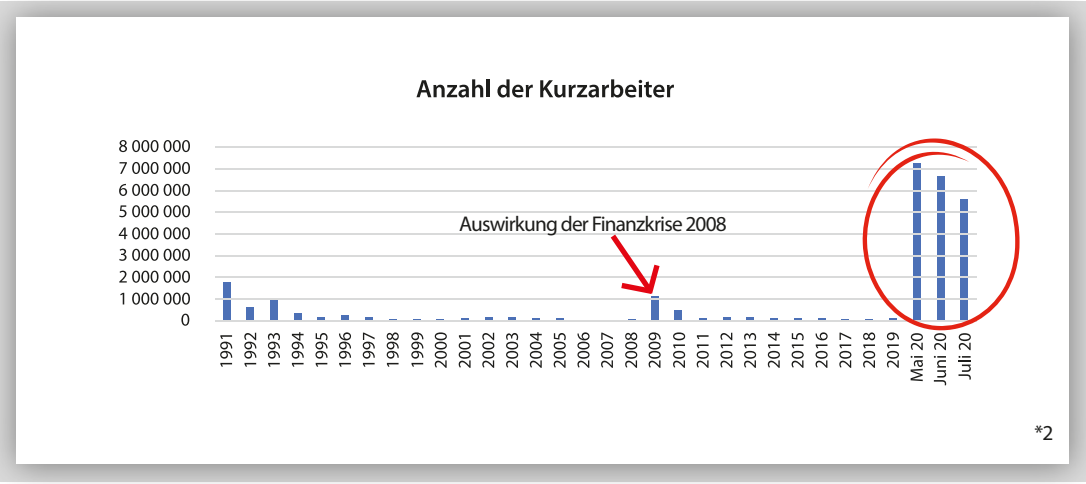
Das Schicksal unseres Landes wurde in die Hände von Medizinern aus einem Bundesinstitut gelegt, dem Robert-Koch-Institut (RKI), welches dem Bundesgesundheitsministerium untersteht - in die Hände von Medizinern, die offenbar bereits anlässlich der Schweinegrippe 2009/10 falsche bzw. unverhältnismäßige Ableitungen getroffen und Deutschland in ein (im Vergleich zu heute kleines) Krisenszenario haben schlittern lassen, mit zahllosen „gekeulten" Tieren übrigens.



Die Kennzahl des Bruttoinlandsproduktes stellt die Gesamtheit aller Waren und Dienstleistungen dar, die in unserer Volkswirtschaft erzeugt werden.

Die von der Bundesregierung erzeugte Lockdown-Krise fordert nun von Staat, Wirtschaft und Bürgern, sich auf ganz neue Lebensszenarien einzustellen.

Für den privaten und unternehmerischen Mittelstand endet der Mythos vom „reichen Land". Umverteilungen lassen Rücklagen und Vermögen der Leistungsträger abschmelzen.



Bei der Kurzarbeit erhält der Arbeitnehmer 60 bzw. 67% und in der Folge bis zu 80% seines Nettolohnes. Das Kurzarbeitergeld wird von der Arbeitsagentur gezahlt.

Die befristeten Regelungen zum Bezug von Kurzarbeitergeld sollen bis Ende 2021 - also bis nach der Bundestagswahl - verlängert werden.

**1: Entwicklung des BIP – Statistisches Bundesamt (Destatis), 2020*
**2: Anzahl der Kurzarbeiter in Deutschland von 1991 bis 2019 und in den Monaten Mai bis Juli 2020 – Grafik: Statista, Daten: Bundesagentur für Arbeit*

Corona: Die parlamentarischen Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion

Nachdem „Corona“ durch die umstrittene Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur „Pandemie“ klassifiziert wurde und Wochen der abwartenden Gelassenheit vergangen waren, überschlug sich das politische Deutschland.

Die Bundesregierung brachte am 25. März 2020 ein Nachtragshaushaltsgesetz und ein Wirtschaftsplanstabilisierungsfondgesetz ein. Damit sollte Deutschland auf die wirtschaftlichen Verwerfungen vorbereitet werden. Seitdem übertrumpfen sich Bundes- und Landesregierungen (die EU sowieso) mit diversen Stützungsprogrammen und Nachtragshaushalten in Sachen Corona.

Alle Maßnahmen haben zunehmende Haftungen, Risiken und immense Neuverschuldungen zur Folge. Ziel der AfD-Bundestagsfraktion war schon am 25. März, keine Generalabsolution für unbeschränkte monetäre Hilfen zu erteilen. Wir wollten – auch in der parlamentarischen Sommerpause – alle Maßnahmen, Aufwendungen und Ausgaben in einem kurzen Rhythmus ständig überprüfen. Die AfD-Fraktion enthielt sich bei allen Maßnahmen mehrheitlich bzw. lehnte diese ab. Im Gegenzug brachten wir unsere eigenen Anregungen und Strategien ein, die sämtlich von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurden.

Nachfolgend eine Auswahl der mehr als 30 AfD-Anträge zu Corona und dem Lockdown im Zeitraum Februar bis Juli 2020.
Nähere Informationen hinter dem abgebildeten QR-Code.

Februar:
Bekämpfung der Seuchenausbreitung in Deutschland

März:
Lebensnotwendige Logistik erhalten; Rechtssicherheit schaffen: Schul- und Kitaschließungen; **Erntehelfer in der Landwirtschaft**; Sofortige Abschaffung des Solidaritätszuschlags; **Wirtschaftliche Maßnahmen Coronakrise**

April:
Corona digital bekämpfen (mit zahlreichen Unterpunkten); **Anrechnungsfreistellung von Hinzuverdiensten beim Kurzarbeitergeld**; Ausgleich bei krisenbedingten Mietschulden für Familien; **Soforthilfen für Vermieter**; Keine EU-gesteuerten Corona-Hilfen; **Sport vor den Auswirkungen der Krise bewahren**; Steuerliche Sofortmaßnahmen zur Krisenbewältigung; **Corona digital bekämpfen (wiederum mit zahlreichen Unterpunkten)**; Hilfe mit Augenmaß – Studenten und wissenschaftliche Mitarbeiter passgenau unterstützen; **Nicht mehr Einschränkungen als nötig**

Mai:
Deutsche Importwirtschaft entlasten; **Effektivität der Corona-Maßnahmen auswerten**; Grundrechten Geltung verschaffen; **Keine Datensammlung durch Corona-App**; Versammlungs- und Religionsausübung gewährleisten; **Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite aufheben**; Nothilfen für Kultur- und Kreativwirtschaft und Exit- Strategie; **Aussetzung Regressverfahren gegen Ärzte**; Negativfolgen auf Gastronomiegewerbe eindämmen; **Fairen Umsatzsteuersatz im Gastronomiegewerbe einführen**; Aufbau eines nationalen Mortalitätsregisters; **Strategiewechsel in der Entwicklungszusammenarbeit**; Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages: Besondere Lage beenden

Juni:
Arbeitnehmer, Kleinunternehmer, Freiberufler, Landwirte und Solo-Selbständige aus der Corona-Steuerfalle befreien; **Neuausrichtung wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Afrika**; Aufhebung der Russlandsanktionen als Konjunkturprogramm; **Mehr Transparenz in der globalen Gesundheitspolitik**; Rehakliniken und Kurbetrieb und Krankenhäuser in den Regelbetrieb zurückkehren lassen; **Schwere Verlaufsformen bei Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2**; Bewegungsfreiheit für Bewohner von Seniorenheimen sicherstellen; **Mit Urlaub in Deutschland aus der Krise;** Pauschale Reisewarnungen aufheben

Juli:
Corona digital bekämpfen (Teil3); **Passgenaue Unterstützung in der Corona-Krise für Menschen mit Behinderungen und Mitarbeiter in der Behindertenhilfe einführen**

Risiken gefährden unsere Zukunft

Die ökonomischen Lasten, die Deutschland zu schultern hat, sind kaum zu stemmen. Die Lockdown-Krise treibt die Schäden, die durch die Nachhaltigkeitslücke, die Schulden und Haftungen sowie Risiken ohnehin seit Jahren bestehen, noch in die Höhe.

Auf den Seiten 4, 5 und 6 skizzieren wir das Ausmaß der von Regierung und Altparteien verursachten Gesamtverpflichtungen, die nun im Zuge der Lockdown-Krise in einem gesamtheitlichen Bild betrachtet werden müssen.

Wir nennen nüchtern und belegbar den Gesamt-Saldo, der dem Bürger Deutschlands, dem Steuerzahler, auferlegt wurde – und dem sich insbesondere die nächsten Generationen stellen müssen.

NACHHALTIGKEITSLÜCKE:

(Bei heutigem Steuer- und Abgabenniveau nicht gedeckte staatliche Leistungsversprechen)

Rentenversicherung
Pflegeversicherung
Krankenversicherung
Pensionskosten

Allgemeine Staatsschulden (Schulden des Bundes)

12 300 Mrd. Euro[1]

Die Nachhaltigkeitslücke haben wir hier konservativ beleuchtet. Nur die Spitze des Eisberges ist sichtbar. Die Entwicklung nach 2019 wird jedoch noch dramatischere Auswüchse annehmen, vergleiche die aktuellen Szenarien unter www.stiftung-marktwirtschaft.de Stichwort: Generationenbilanz / Update Januar 2021

GEWÄHRLEISTUNGEN DES BUNDES:

(Vom Bund übernommene Garantien oder Gewährleistungen)

Exportgarantien
KfW-Kredite
Binnenwirtschaft
Gegenüber Finanzinstituten oder Fonds
Treuhandnachfolgeanstalt
Zinsausgleichsgarantien
Bürgschaften/Garantien/sonstige Gewährleistungen
Sondervermögen

947 Mrd. Euro[2]

EURO-Rettung:

(realisiert bzw. aufgelaufene Posten)

Griechenland
Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)
EZB-Anleihekaufprogramme

345 Mrd. Euro[3]

CORONA-LOCKDOWN: DIE RISIKEN

(geplant oder bereits realisiert)

Nachtragshaushalte Bund I + II
Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP bis 09.2020)
Paneuropäischer Garantiefonds
Wirtschaftsstabilitätsfonds (WSF)
Wiederaufbaufonds KOM

1 165 Mrd. Euro[4]

BUND: Schulden-Haftungen-Risiken **14,76 Bio. Euro**

Hinweis: Alle Zahlen beziehen sich auf originäre Verpflichtungen, Haftungen, Risiken, die sich kalkulatorisch direkt für Deutschland ergeben. Weitere Verpflichtungen, insbesondere auf europäischer Ebene, die heute nicht dem „Anteil" Deutschlands zugerechnet werden, könnten hinzutreten.

**1: www.stiftung-marktwirtschaft.de/fileadmin/user_upload/Pressemitteilungen/2020/PM_Generationenbilanz_Update_2020_07_07.pdf*

**2: Finanzbericht 2020 des Bundesministerium der Finanzen von August 2019*

**3: Finanzbericht 2020 des Bundesministerium der Finanzen von August 2019, Seite 288*

**4: www.zeit.de/wirtschaft/2020-06/haushalt-bund-will-218-5-milliarden-neue-schulden-aufnehmen*

Das verschwendete Volksvermögen

Die Gesamthaftung Deutschlands beträgt mehr als 14 Billionen Euro.

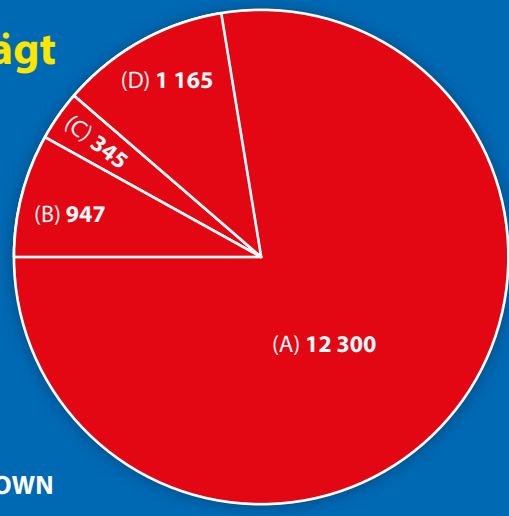
... das sind zehntausend mal eine Milliarde Euro

... das sind zehn Millionen mal eine Million Euro

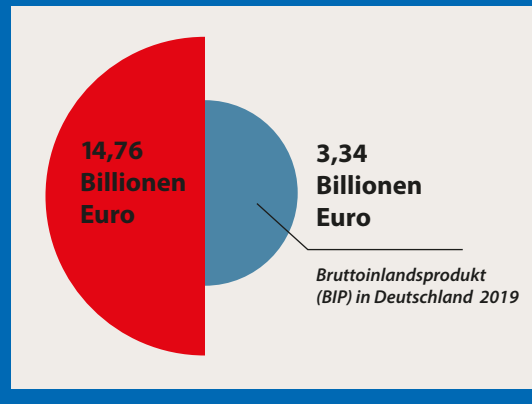
Eine Zahl mit 13 Nullen

14 000 000 000 000

- (A) NACHHALTIGKEITSLÜCKE
- (B) GEWÄHRLEISTUNGEN
- (C) EURO-Rettung
- (D) CORONA-LOCKDOWN



14,76 Billionen Euro … Das entspricht etwa einer Euro-Last von 177 424 Euro JE KOPF des deutschen Volkes



14,76 Billionen Euro … Das entspricht etwa der 4,4-fachen gesamten deutschen Wirtschaftsleistung 2020

14,76 Billionen Euro ...

Das entspricht etwa

29,520 Millionen Einfamilienhäusern

im Wert von jeweils 500 000 Euro

Anmerkung 1: In Deutschland gab es zum Jahresende 2019 nur 15,928 Millionen Einfamilienhäuser (Quelle Statista, Häuser mit 1-2 Wohnungen). Preisberechnung für ein durchschnittliches EFH gem. Immowelt und Interhyp, ca. 255 000 Euro, plus durchschnittlichem Grundstückswert ca. 157 000 Euro (Quelle Stat. Bundesamt). Der Verkaufswert für gebrauchte EFH inkl. Grundstück liegt gem. „Immowelt" bei durchschnittlich 354.928 Euro).
Anmerkung 2: Das Geldvermögen der privaten Haushalte ist im ersten Corona-Quartal um ca. 2% gesunken und beträgt 6.337,2 Billionen Euro (Bargeld, Bankeinlagen, Wertpapiere, Ansprüche aus privaten Renten-/Versicherungen); Quelle Statista, Juli 2020).

Wohlstandslügen entlarven

Sie haben richtig gelesen: Das „reiche Deutschland“ steht mit dem Wert von mindestens 20 Millionen Einfamilienhäusern in der Kreide. Interessant ist übrigens, dass es in Deutschland davon nur gut 16 Millionen gibt. Hier sind die Dimensionen erkennbar, in denen sich der „reiche Deutsche“ in Wirklichkeit bewegt.

Beachtenswert bei der Betrachtung der Zahlen ist, dass das Gros der Verpflichtungen und deren Höhe in der Regierungsperiode der Kanzlerin Merkel begründet wurden. Im gleichen Zeitraum sind praktisch keine Bestrebungen unternommen worden, die Verpflichtungen abzubauen oder das Hinzukommen neuer Pflichten und Risiken zu verhindern.

ABER DAS WAR NOCH NICHT ALLES.
Hinzu kommen weitere Kostenblöcke, z. B.:

+ **Schulden der Bundesländer**
631,144 Mrd. Euro[1]

+ **Schulden der Kommunen**
130,880 Mrd. Euro[2]

+ **Target II-Salden**
1 054 Mrd. Euro[3]

+ **Corona-Schulden der Bundesländer:**
65 Mrd. Euro[4]

+ **Dauerhafte Kosten aus der „Flüchtlingskrise 2015“:**
900 Mrd. Euro[5]

+ **Aufgelaufene Infrastrukturschäden der Kommunen**
700 Mrd. Euro[6]

WOHLSTANDSLÜGEN

WOHLFÜHLPHRASEN

RECHTSSTAATSLÜCKEN

Raus aus der Lockdown-Krise! Deutschland eine Zukunft geben!

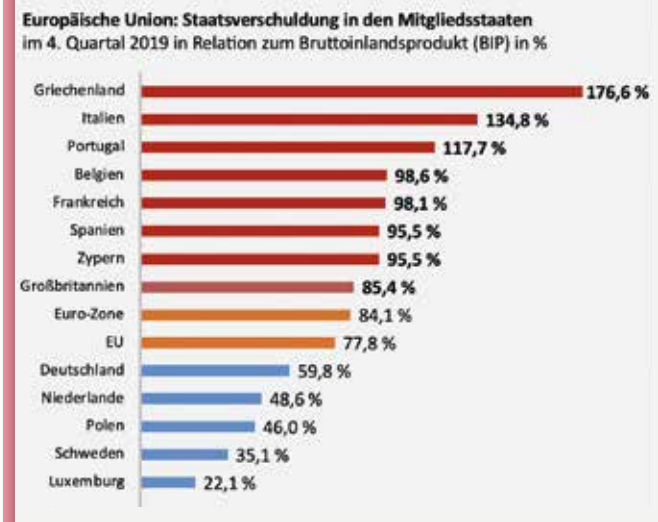
Wenn nicht zügig gegengesteuert wird, setzt sich die Vermögenszerstörung für die Deutschen fort. Existenzen werden weiter vernichtet. Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sorgen für persönliche Armut. Die Zahl der Unternehmenspleiten steigt - das wird sich aber erst dann drastisch zeigen, wenn die coronabedingte Aussetzung der Insolvenzantragspflichten wieder in Kraft sein wird. Steigende Steuerausfälle für den Staat werden dazu führen, dass der Bürger, insbesondere der Mittelstand, immer stärker für die Finanzlücken aufkommen muss.

Der Bürger muss dringend erkennen, dass er mit zahllosen Wohlstandslügen durch Regierung, Politik und Medien ruhiggestellt wird. Auf den Folgeseiten zeigen wir solche Schieflagen grafisch auf, jeweils ergänzt durch exemplarische Initiativen der AfD, die geeignet sind, die Fehlsteuerungen in den Griff zu bekommen. Wohlstandslügen, Wohlfühlphrasen und Rechtsstaatslücken werden zu einem wahren Giftcocktail für unser Heimatland.

**1: Statistisches Bundesamt, August 2020*
**2: Statistisches Bundesamt, August 2020*
**3: www.bundesbank.de/de/aufgaben/unbarer-zahlungsverkehr/target2/target2-saldo/target2-saldo-603478*
**4: handelsblatt.com/politik/deutschland/wirtschaftshilfen-bundeslaender-planen-wegen-der-coronakrise-mit-bis-zu-65-milliarden-euro-schulden/25734506.html*
**5: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews“, S. 88 (Link s. Rückseite)*
**6: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews“, S. 54 (Link s. Rückseite)*

I. DEUTSCHLAND EINE ZUKUNFT GEBEN
Verlustquellen schließen, Risiken abbauen

Deutschlands "Reichtum" machten vor allem Bildung, Forschung, Entwicklung und operative Tatkraft aus. Gerade unter Merkels Kanzlerschaft sind die Grundlagen dafür zerstört worden. Eine Schlüsselindustrie nach der anderen wurde vernichtet, um Platz zu machen für ideologische Experimente. Staatswirtschaft, Planwirtschaft und Umverteilung müssen unverzüglich gestoppt werden.



*1

RAUS AUS DEM EURO

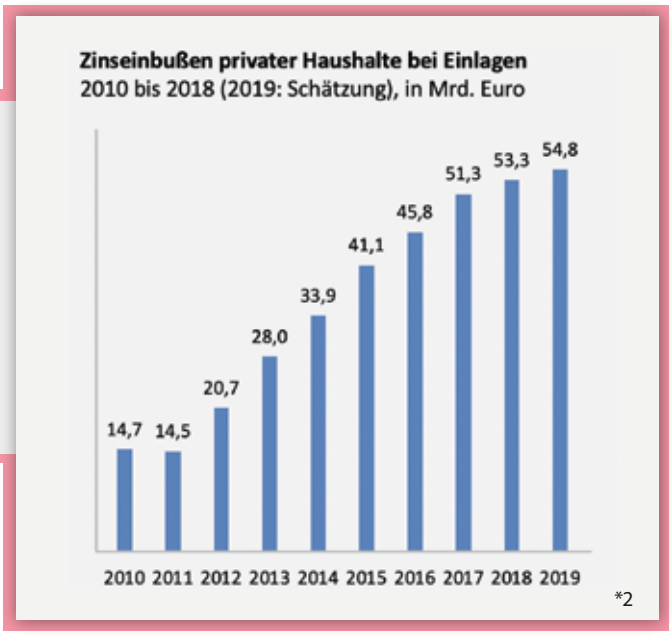
Die Staatsverschuldung vieler EU-Staaten ist enorm, gerade die Länder der EURO-Zone verschulden sich immer mehr. Die Verpflichtungen, die Deutschland durch Mithaftung eingegangen ist, sind immens und bedrohen das Vermögen des deutschen Volkes signifikant.

- *Elysée als Vorbild - Für ein Europa der Zusammenarbeit souveräner Nationen – Drucksache 19/2534*
- *Rote Linien gegen die europäischen Haftungsrisiken Deutschlands - Ausbau der Bankenunion stoppen und rückabwickeln, der EZB die Bankenaufsicht entziehen und Deutschlands EZB-Stimmrechtsanteil erhöhen – Drucksache 19/6418*
- *Raus aus dem Euro*

NEGATIVZINSEN VERBIETEN

Negativzinsen stellen quasi eine Vermögensabgabe dar. Die Zinseinbußen der deutschen Sparer (Einlagen, Rentenpapiere, Versicherungen) belaufen sich auf mehr als 350 Mrd. Euro. Das Diktat der Negativzinsen ist mit einer sozialen Marktwirtschaft unvereinbar, Negativzinsen müssen verboten werden.

- *Souveränität bewahren: Grenzüberschreitungen der EZB begegnen, Negativzinsen verbieten und erstatten – Drucksache 19/22461*



*2

Globaler Vergleich der Top 100-Unternehmen (Auswahl), 2019

Rang	Unternehmen	Herkunftsland
1	Samsung	Südkorea
2	Johnson & Johnson	USA
3	LG Electronics	Südkorea
4	Alphabet	USA
5	Qualcomm	USA
6	Ford	USA
7	Intel	USA
8	Microsoft	USA
9	Sony	Japan
10	**VW Group**	**Deutschland**
15	GM	USA
16	**Bosch**	**Deutschland**
20	**Siemens**	**Deutschland**
25	**BMW**	**Deutschland**
29	**Continental**	**Deutschland**
94	**Phicomm Europe**	**Deutschland** (China)

*3

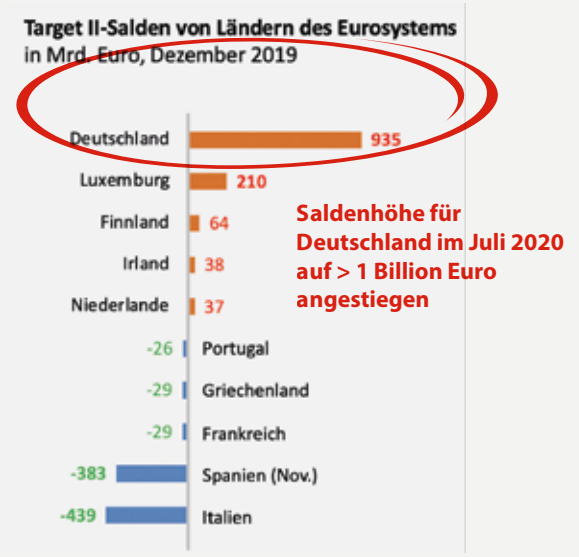
STÄRKEN NUTZEN: FORSCHEN, ENTWICKELN, PRODUZIEREN

Wir waren einmal das Volk der Dichter, Denker und Tüftler. Politisch verfügt, melden wir uns von Schlüsselindustrien wie der Kernkraft und der Automobilindustrie ab. Deutsche Unternehmen verlieren mehr und mehr den Anschluss, Innovationen kommen kaum noch aus Deutschland.

- *Künstliche Intelligenz – Forschung und Anwendung für den Innovationsstandort Deutschland und zum Wohl unserer Gesellschaft fortentwickeln – Drucksache19/6062*
- *Deindustrialisierung Deutschlands stoppen – Ausstieg aus dem Kohleausstieg – Drucksache19/7720*
- *Deutscher Automobilindustrie zeitnah helfen – Drucksache 19/20072*

*1: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 81 (Link s. Rückseite)
*2: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 83 (Link s. Rückseite)
*3: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 57 (Link s. Rückseite)

Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion mit Drucksachen-Nr. bzw. Programmaussagen



*1

TARGET II-SALDEN BESICHERN

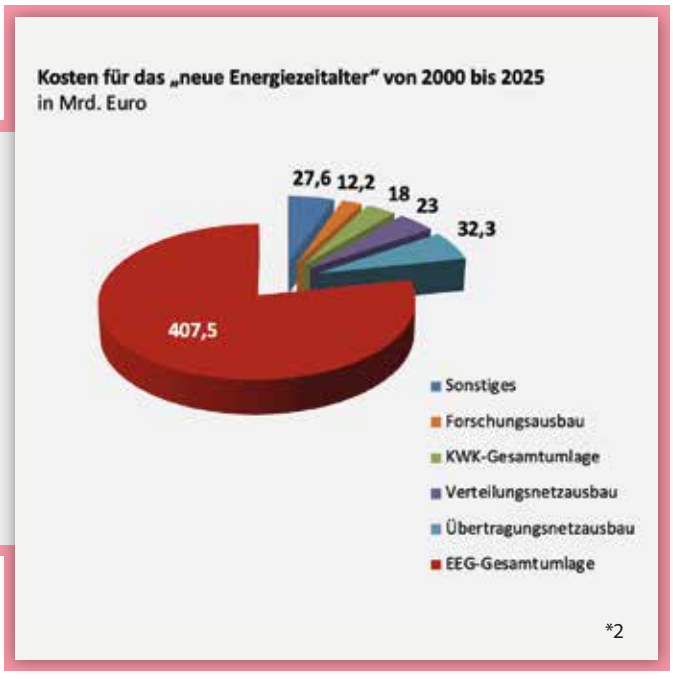
Die Target II-Salden zeigen die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den nationalen Notenbanken im Euro-System an. Das kann bei einer Krise katastrophale Folgen für Deutschland haben, denn die Forderungen könnten wertlos verfallen. Um die Rechnung nicht vom deutschen Steuerzahler zahlen zu lassen, fordern wir die Besicherung der Salden.

- *Einhaltung des Verfassungs- und EU-Vertragsrechts bei der Euro-Stabilisierung sowie bei den Vorschlägen für eine Fiskalunion und für einen EU-Finanzminister – Drucksache 19/27*
- *Das Vermögen der Deutschen Bundesbank schützen – Target-Forderungen besichern – Drucksache 19/4544*
- *Target-Forderungen unabhängig vom Fortbestand des Euros besichern – Drucksache 19/9232*

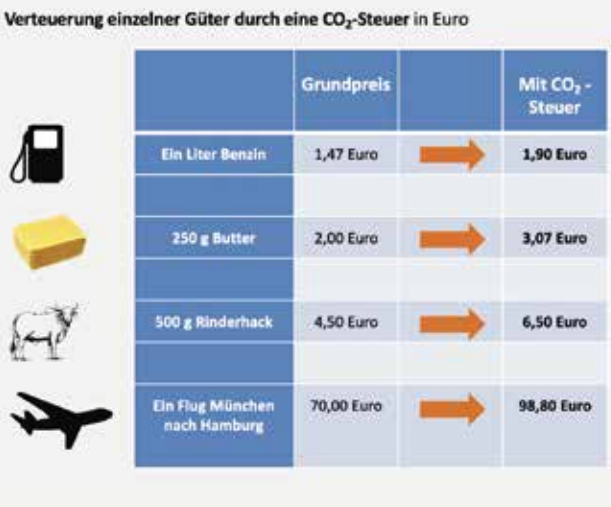
SELBSTZERSTÖRUNG BEENDEN

Die Ideologie der Grünen mit ihren planwirtschaftlichen Ansätzen zerstört Unternehmen und vernichtet Privatvermögen, wie man beispielhaft an der „Energiewende" sehen kann, die bis zum Jahre 2025 mehr als 500 Mrd. Euro kosten wird. Die Vernichtung des Verbrennungsmotors wird die deutsche Industrie nicht überleben.

- *Deindustrialisierung Deutschlands stoppen – Ausstieg aus dem Kohleausstieg – Drucksache 19/7720*
- *Zukunft für Deutschlands Wohlstand - Berufliche Bildung stärken*



*2



*3

FINANZMITTEL SPAREN: IDEOLOGISCH BASIERTE PROJEKTE STOPPEN

Durch politisch motivierte „Umweltsteuern", wie das Gesetz über die Erneuerbaren Energien, die Ökosteuer etc. wird Geld dem Wirtschaftskreislauf entzogen, ärmere und mittlere Haushalte werden belastet. Die kommende CO2-Steuer wird dramatische Auswirkungen haben.

- *Aufgabe der Energie- und Klimaschutz-Zwischenziele 2030 des Energiekonzeptes 2010 – Für eine faktenbasierte Klima- und Energiepolitik – Drucksache19/2998*
- *Umweltschutz ernst nehmen – Das Erneuerbare-Energien-Gesetz abschaffen – Drucksache 19/10626*
- *Diesel-Fahrverbote sofort und vollständig aufzuheben - neueste wissenschaftliche Daten berücksichtigen – Drucksache 19/20069*

**1: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 85 (Link s. Rückseite)*
**2: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 63 (Link s. Rückseite)*
**3: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 78 (Link s. Rückseite)*

ⓘ Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion mit Drucksachen-Nr. bzw. Programmaussagen

SCHWÄCHEN AUSMERZEN
Qualifikationslose Migranten kommen, deutsche Leistungsträger suchen ihr Glück im Ausland. Seit 2006 sind über 700 000 Deutsche "netto" ausgewandert. Das Bildungsniveau sinkt, die deutsche Sprache wird aus Schulen zurückgedrängt. Mit dem Weggang der Eliten und dem Zusammenbruch des Bildungssystems kommt es zum Zerfall der Wirschaft.

- *Berufliche Bildung stärken – Keinen zurücklassen – Drucksache 19/11154*
- *Zukunft für Deutschlands Wohlstand - Berufliche Bildung stärken*

*1

*2

MIGRATION IM STAATSINTERESSE BETREIBEN
Wir haben das Recht, selber zu bestimmen, wer bei uns leben darf. Jeder Cent, der für Sozialmigranten aufgewendet wird, belastet den Steuerzahler dauerhaft. Die Gefahr von Altersarmut für Deutsche nimmt zu, zudem steigen Kriminalitätsraten und die Bildung von Parallelgesellschaften.

- *Schutzbedürftigkeit von Asylbewerbern wiederkehrend prüfen*
- *Deutsche Staatsangehörigkeit nicht verschenken - Klare Grenzen der Einbürgerung aufzeigen*
- *Finanzielle Lasten der Migrationspolitik umfassend offenlegen*
- *Fachkräfteeinwanderungsgesetz korrigieren und besser aufstellen*

II. DEUTSCHLAND EINE ZUKUNFT GEBEN
Mehr Effizienz wagen

Für die Wirtschaft und Privathaushalte gilt es, effektiv mit den eingesetzten Mitteln zu agieren. Unternehmen und Bürgern müssen dabei maximal hohe Mittel belassen werden. Der Staat muss die ihm zur Verfügung stehenden Mittel zwingend zum Aufbau einer starken, belastbaren Infrastruktur aufwenden, aber selber schlanke Strukturen und effektive Verwaltungsorganisationen aufbauen.

**1: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 26 (Link s. Rückseite)*
**2: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 3 (Link s. Rückseite)*

Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion mit Drucksachen-Nr. bzw. Programmaussagen

*1

KOSTEN SENKEN: DER STAAT MUSS BEI DEN STEUERN BEGINNEN

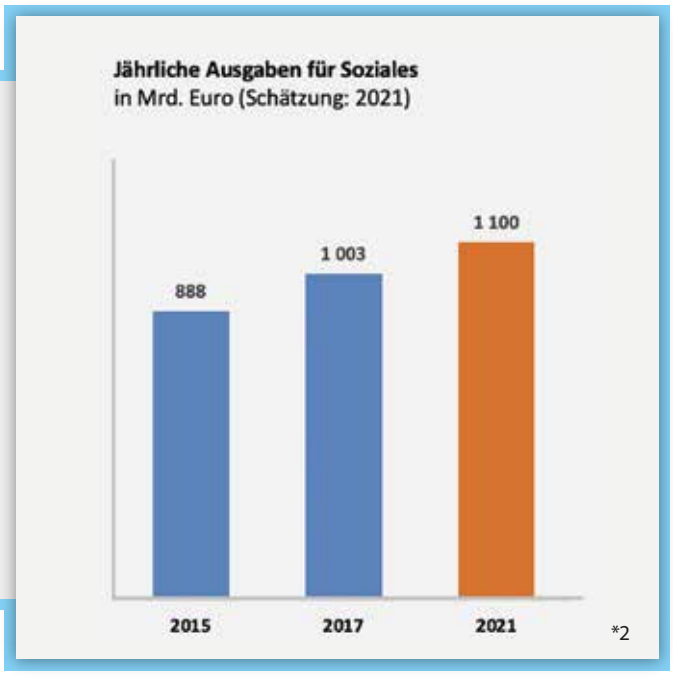
Das komplizierteste Steuerrecht der Welt mit über 40 Steuern belastet Bürger und Unternehmen. Somit verschwindet Geld, welches zum Konsum, zum Anlegen, zum Investieren gebraucht wird in Administration und Politsümpfen. Zudem müssen Verwaltungswege rationalisiert und Bürokratie abgebaut werden.

- *Keine EU-Steuern - Für Sparsamkeit beim mehrjährigen Finanzrahmen der EU – Drucksache19/2572*
- *Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge – Rückkehr zur bewährten alten Regelung (gegen Vorabüberweisungen und unnötige Bürokratie - Zustand von 2005 wiederherstellen)*

KAPITALFEHLLENKUNGEN UNTERBINDEN

Sozialausgaben beanspruchen fast ein Drittel unserer Wirtschaftsleistung. Geld ohne Gegenleistung ist häufig zur Regel geworden. Fast 1,7 Mio Nichteuropäer erhalten durch Merkels Politik Hartz IV. Über 500 Mio. € Kindergeld sind alleine 2018 ins Ausland geflossen. Geld, das nicht zur Wertschöpfung in Deutschland beiträgt.

- *Kindergeld für im Ausland lebende Kinder indexieren – Anpassung des Kindergeldes für nicht in Deutschland lebende Kinder von EU-Bürgern an die Lebenshaltungskosten am Wohnort des Kindes – Drucksache 19/2999*
- *Negativzinsen verbieten*
- *Keine CO2-Besteuerung, keine Sustainable Finance*



*2

*3

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT STÄRKEN DURCH AUSBAU DER INFRASTRUKTUR

Staat und Unternehmen können nur dann wettbewerbsfähig sein, wenn die gesamte Daseinsvorsorge „mangelfrei" ist. Marode Straßen, kaputte Gleise und Züge führen zum Stillstand. Bund, Länder und Kommunen nutzen die Steuermittel für viele Experimente, unterlassen dabei aber Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung und Forschung.

- *Luftverkehrsinfrastruktur durch Flughafenkonzept für Deutschland sichern – Drucksache 19/20690*
- *Sicherstellung nationaler Souveränität im 5G-Mobilfunknetz – Drucksache 19/16058*
- *Bahninfrastruktur in Deutschland nachhaltig verbessern - Empfehlungen des Bundesrechnungshofes zur Bahninfrastrukturfinanzierung beachten – Drucksache 19/11123*
- *Autobahnbaustellen zügiger, sicherer sowie umwelt- und autofahrerfreundlicher planen und durchführen – Drucksache 19/20691*

**1: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 76 (Link s. Rückseite)*
**2: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 7 (Link s. Rückseite)*
**3: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 53 (Link s. Rückseite)*

ⓘ Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion mit Drucksachen-Nr. bzw. Programmaussagen

IT-INFRASTRUKTUR STÄRKEN
Bei der Internet-Datenübermittlung liegt Deutschland weltweit auf Platz 34, beim Ausbau des Glasfasernetzes haben wir Entwicklungslandniveau. Behörden sind digital praktisch abgeklemmt. Deutschland gehört zu den Ländern mit der geringsten behördlichen Online-Interaktion.

- *Schutz der Kritischen 5G-Infrastruktur vor staatsnahen Netzwerkausrüstern – Drucksache 19/7723*
- *Freiheit im Internet - Bürgerrechte stärken – Drucksache 19/10172*
- *5G-Technologie verantwortungsvoll realisieren - Erstellung einer Studie über Folgeabschätzungen*

*1

III. DEUTSCHLAND EINE ZUKUNFT GEBEN
Motivation zur Leistung fördern

Leistung muss sich lohnen. Die Leistungsträger unserer Gesellschaft dürfen nicht die Dummen sein. Sowohl Arbeitnehmer als auch Unternehmen brauchen positive Perspektiven, um erfolgreich wirtschaften zu können.

Monats-Netto nach einzelnen Berufen (Stand: 2019)

Beruf	Monats-Brutto	Monats-Netto	Monats-Netto	Differenz
Kassiererin (ledig)	2.000 Euro	1.408 Euro	1.541 Euro	+ 133 Euro
LKW-Fahrer (ledig)	2.500 Euro	1.688 Euro	1.829 Euro	+ 141 Euro
Kranken-schwester (ledig)	3.000 Euro	1.958 Euro	2.131 Euro	+ 173 Euro
Malermeister (Familie, 2 Kinder)	2.500 Euro	1.928 Euro	2.091 Euro	+ 163 Euro
Versicherungs-kaufmann (Familie, 2 Kinder)	6.500 Euro	4.305 Euro	4.382 Euro	+ 77 Euro

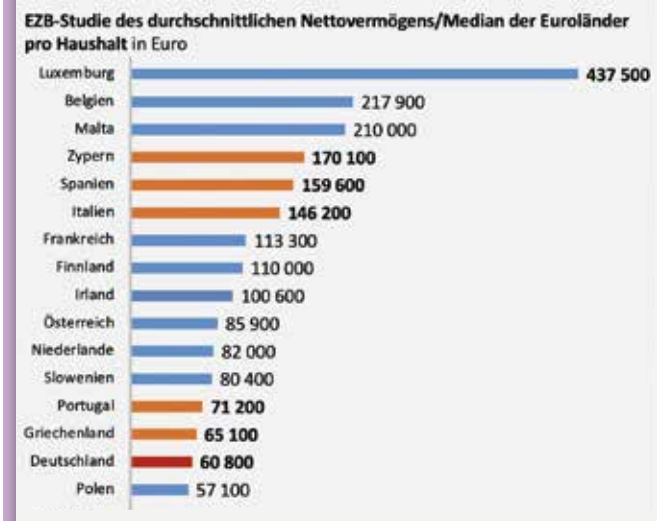
*2

NETTO-EINKOMMEN STÄRKEN DURCH STEUERREFORMEN
Im Gegensatz zu Deutschland hat Österreich eine große Steuerreform beschlossen, um die unteren Einkommensschichten zu entlasten. Unter Merkel gab es keine Ansätze dazu. Damit Arbeit sich wieder lohnt, muss vom Brutto MEHR Netto bleiben. Eine Reform und Absenkung des Mehrwertsteuerwesens muss dringend betrieben werden.

- *Steuerliche Sofortmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise – Drucksache 19/18727*
- *Abschaffung der kalten Progression als heimliche Steuererhöhungen bei der Einkommenssteuer – Drucksache 19/1844*
- *Tarif auf Rädern (in Planung)*

*1: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 58 (Link s. Rückseite)
*2: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 6 (Link s. Rückseite)

Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion mit Drucksachen-Nr. bzw. Programmaussagen



MEHR NETTO ERZEUGT VERMÖGEN

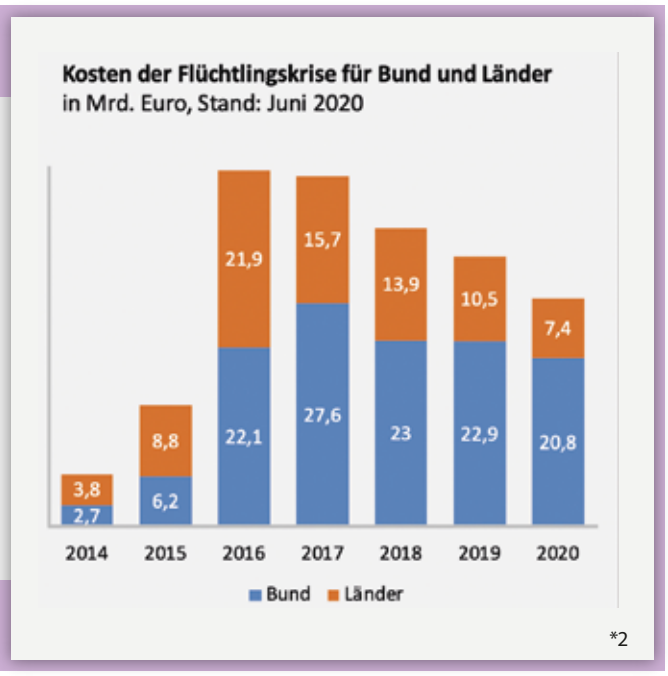
Die Deutschen liegen beim Nettovermögen am unteren Ende in Europa und haben somit weniger Geld in der Tasche als Bürger zahlreicher Staaten, die von Deutschland finanziell unterstützt werden. Diese Schieflage ist zu beenden. Besonders dramatisch ist die Lage beim Wohneigentum: Deutschland rangiert in Europa mit einer Eigentumsquote von 51,5 % ganz unten.

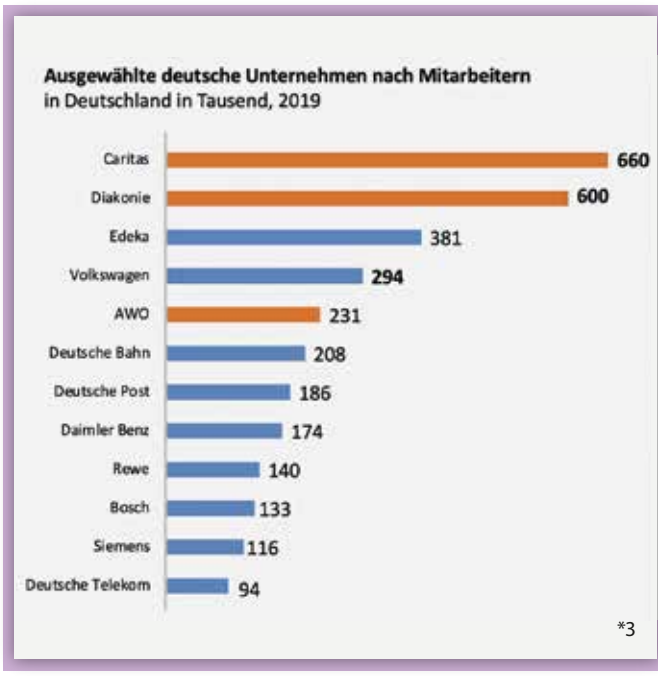
- *Abschaffung der Grundsteuer – Drucksache 19/8556*
- *Baurecht deregulieren - Initiative des Bundes zur Reduzierung von Bauvorschriften und Baukosten – Drucksache 19/17524*
- *Den Steuerzahlern einen fairen Anteil lassen – Senkung der Umsatzsteuer von 19 % auf 15 % beziehungsweise von 7 % auf 5 %*
- *Solidarität mit der deutschen Bevölkerung*

AUSGABENSTOPP FÜR NICHTLEISTENDE MIGRANTEN

Wer erbringt schon Leistung, wenn er sieht, dass ein Großteil der Erträge zweckentfremdet werden. Das ist sowohl bei der ausufernden Entwicklungshilfe der Fall als auch bei den Kosten durch die „Flüchtlingskrise". Insgesamt muss der deutsche Steuerzahler für Merkels Migrationsexperiment mindestens 1 Billion Euro aufbringen, plus „Nebeneffekte".

- *Finanzielle Lasten der Migrationspolitik umfassend offenlegen – Drucksache 19/16488*
- *Bundesprogramm: Keine Einwanderung in die Sozialsysteme*
- *Bundesprogramm:Schluss mit Fehlanreizen und falscher Nachsicht*





WIRTSCHAFTSVERFASSUNG SCHAFFEN

Die vom Staat getragene Sozialwirtschaft und das immer stärkere staatliche Eingreifen in Unternehmen, droht unsere Wirtschaftsordnung, die soziale Marktwirtschaft, zu verdrängen. Das individuelle und eigenverantwortliche Erwerbsstreben ist der wichtigste Leistungsanreiz in der Marktwirtschaft. Wegen des sichtbar auseinanderfallenden Ordnungsrahmens benötigen wir dringend eine Wirtschaftsverfassung.

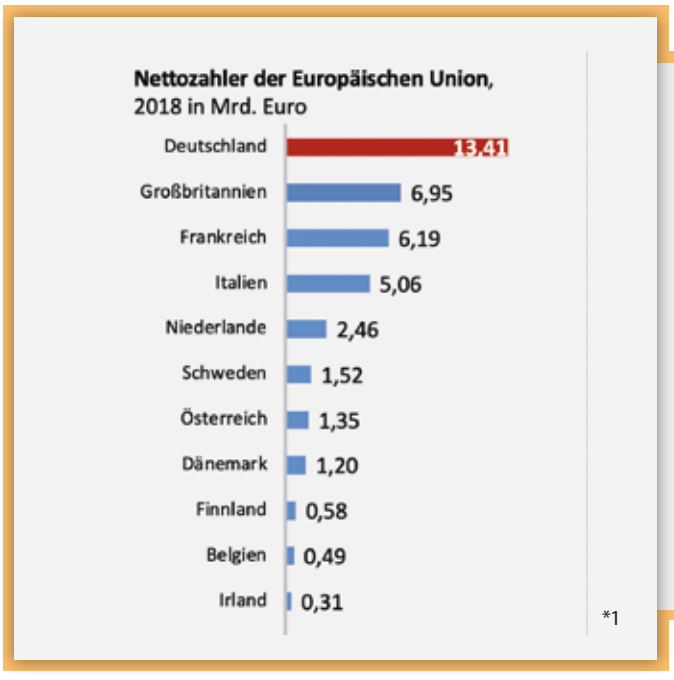
- *Aufstiegsfortbildung praxisnah und umsetzbar fördern – Drucksache 19/16859*
- *Bildungsgerechtigkeit wiederherstellen - Leistungsgedanken stärken – Drucksache 19/7041*
- *Wirtschaftsverfassung schaffen (in Planung)*

1: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 79 (Link s. Rückseite)
2: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 89 (Link s. Rückseite)
3: „Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 91 (Link s. Rückseite)

Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion mit Drucksachen-Nr. bzw. Programmaussagen

IV. DEUTSCHLAND EINE ZUKUNFT GEBEN
Echte Gerechtigkeit schaffen

Leistungsbereitschaft ist auch motivatorisch bedingt. Es gibt keine objektive Gerechtigkeit, nach der zu errechnen wäre, welcher Lohn „gerecht" ist. Es gibt aber ein Gerechtigkeitsempfinden, welches besagt, dass man von seiner beruflichen Leistung anständig leben muss. Aus den Töpfen der erworbenen Ansprüche dürfen Dritte bzw. Unberechtigte nicht alimentiert werden.



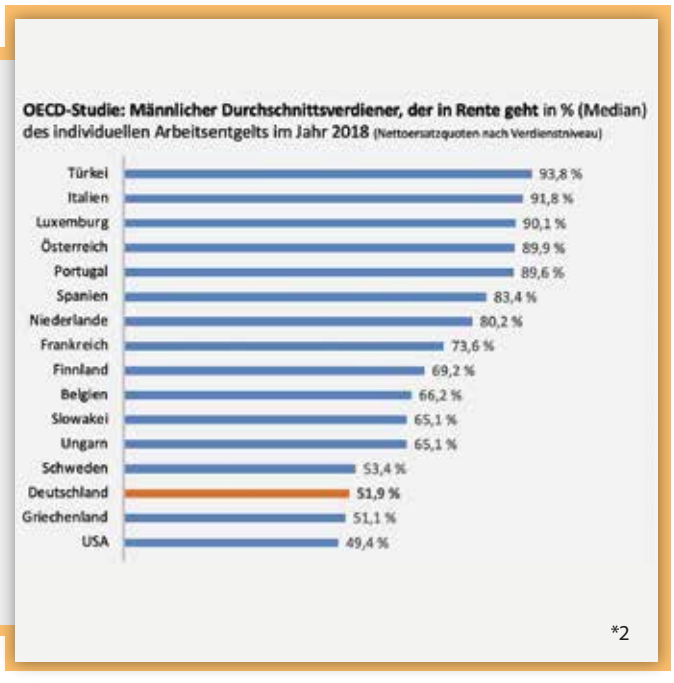
*1

EU-BEVORMUNDUNG BEENDEN - EWG REAKTIVIEREN
Deutschland zahlt rund 30 Mrd. Euro pro Jahr nach Brüssel, von denen nur ca. 17 Mrd. Euro zurückfließen. Wir sind somit größter Nettozahler - unser Beitrag ist größer als der von Frankreich und Italien zusammengenommen. Dabei haben die Deutschen ein geringeres Medianvermögen, zahlen mehr Steuern und Abgaben und arbeiten länger bei niedrigeren Renten. Damit muss endlich Schluss sein.

- ⓘ *Elysée als Vorbild – Drucksache 19/2534*
- ⓘ *EU-Budget zum Wohle Europas kürzen – Drucksache 19/10171*
- ⓘ *Einsparungen aus dem EU-Budget nutzen - Durchschnitts- und Geringverdiener bei den Sozialabgaben entlasten – Drucksache 19/10170*
- ⓘ *Bundesprogramm: Kompetenzen an die Nationalstaaten zurückgeben*
- ⓘ *Bundesprogramm: Kein zentralistischer EU-Superstaat*

ANGEMESSENE RENTEN
Eine angemessene Rente ist der Schlüssel zur Verhinderung von Altersarmut. Deutschland liegt deutlich unter dem Rentenniveau vieler Staaten. Wer weniger als 60 % des Median verdient, gilt in der EU als armutsgefährdet. Das trifft auf gut 20 % der Deutschen zu.

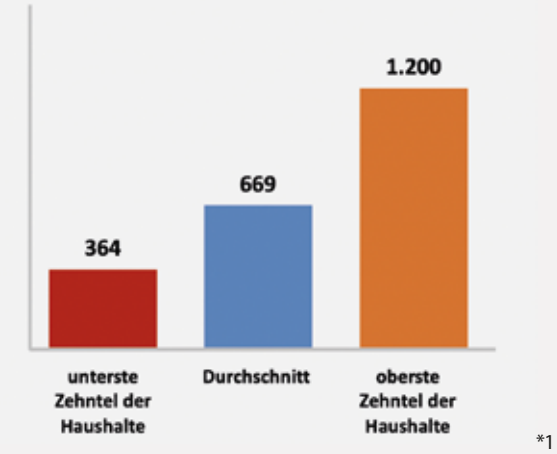
- ⓘ *Sofortmaßnahme Armutsbekämpfung bei Rentnern – Drucksache 19/7724*
- ⓘ *Anrechnungsfreistellung der Mütterrente beziehungsweise Rente für Kindererziehungszeiten bei der Grundsicherung im Alter – Drucksache 19/4843*
- ⓘ *Systemfehler beseitigen - Betriebliche Altersvorsorge attraktiver gestalten – Drucksache 19/15788*



*2

1: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 87 (Link s. Rückseite)
2: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 8 (Link s. Rückseite)

ⓘ Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion mit Drucksachen-Nr. bzw. Programmaussagen



*1

KINDER DÜRFEN KEIN ARMUTSRISIKO MEHR SEIN

Elternarmut ist auch Kinderarmut. Bei zahlreichen Haushalten reichen die Einkommen nicht mehr aus, um die Ausgaben zu decken. Ein Hebel zur Abhilfe kann die Steuergesetzgebung sein. Dazu kommt, dass es nicht hilft, wenn die bereits existierenden Kinderrechte explizit ins GG geschrieben werden. Dies führt zu mehr Problemen im Elternhaus und stellt eine zusätzliche Einmischung des Staates in die Familie dar.

- *Kinderbonus für alle Eltern – Drucksache 19/20675*
- *Babys willkommen heißen, Familie leben - Bundesweiter Aktionsplan für Familie, Ehe und Kinder – Drucksache 19/10632*
- *Entlastung von Familien durch gestaffelten Erlass der Grunderwerbsteuer anhand der Anzahl der Kinder für selbstgenutztes Wohneigentum –*

WIR SIND VIZE-EUROPAMEISTER

Zumindest bei den Abgaben, die Arbeitnehmer zu entrichten haben. Der Trend zum Zweit- und Drittjob hält unvermindert an, schlicht, um überleben zu können. Zahllose Arbeitnehmer der unteren Lohngruppen sind ungewollt in das „Prekariat" abgewandert. Übrigens: Mehr als sieben Monate im Jahr arbeitet ein Deutscher für den Staat.

- *Arbeitsleben würdigen - Arbeitslosengeld I gerecht gestalten – Drucksache 19/13520*
- *Abschaffung der kalten Progression – Drucksache 19/1844*
- *Bundesprogramm: Mindestlohn gestalten*
- *Bundesprogramm: Aktivierende Grundsicherung einführen*

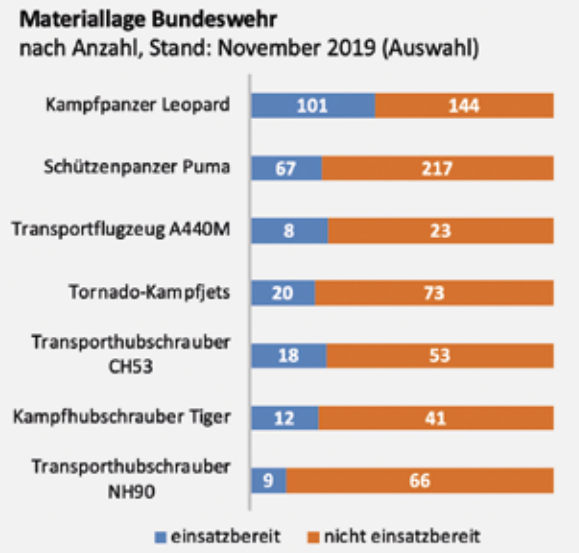
*2

! WOHLFÜHLPHRASEN ENTLARVEN Sicherheit, außenpolitische Stringenz, digitale und wirtschaftliche Souveränität wiederherstellen

Migranten- und Clankriminalität greifen um sich. Nicht geschützte Grenzen bei immer stärkerer Auszehrung unserer Bundeswehr lassen uns zum Einfalltor für jeden Angreifer werden, ob er einzeln, in Gruppen oder in Armeestärke kommt. Schlüsselindustrien verlassen Deutschland. Damit sterben auch Forschung und Entwicklung. Ahnungslos agiert die Regierung in Sachen Wirtschafts- und Industriestrategie. Zielführende Investitionen in den Standort Deutschland bleiben aus.

**1: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 20 (Link s. Rückseite)*
**2: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews", S. 77 (Link s. Rückseite)*

ⓘ Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion mit Drucksachen-Nr. bzw. Programmaussagen



*1

Wohlfühlphrase: „Wir haben eine starke Bundeswehr“
Durch das Totsparen, die Nichtvornahme von Investitionen und durch die Abschaffung der Wehrpflicht ist die Bundeswehr nur noch bedingt abwehrfähig. Die frühere Verteidigungsministerin v. d. Leyen sah ihre Aufgabe darin, die Bundeswehr gendergerecht und pazifistisch auszurichten. Auf Respekt im Ausland stößt die Armee schon lange nicht mehr.

- *Beschaffung bewaffneter unbemannter Luftfahrzeuge – Drucksache 19/13527*
- *Wiedereinführung der Wehrpflicht*

Wohlfühlphrase: „Wir sind beliebt im Ausland“
Deutschland ist nach den USA Weltmeister bei der Entwicklungshilfe. Der Wirtschaftsgigant China erhielt 2017 ca. 630 Mio. Euro. Deutschland fördert sogar Länder, die uns nicht freundlich gegenüberstehen. Entwicklungshilfe geht nicht mit der Gießkanne. Es müssen objektiv messbare Forderungen daran geknüpft sein, im Einklang mit der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik.

- *Entwicklungshilfe für bei Abschiebungen nicht kooperierende Staaten beschränken – Drucksache 19/5042*
- *Entwicklungszusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen konzipieren - Rohstoffversorgung der deutschen Industrie sicherstellen – Drucksache 19/17525*
- *Aufstrebenden Wirtschaftsmächten den Status als Entwicklungsland entziehen - Keine Förderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und des Außenhandels für Schwellenländer – Drucksache 19/8986*

*2

*3

Wohlfühlphrase: „Wir sind ein sicheres Land“
Merkel hat mit ihrer unabgesprochenen Grenzöffnung die Tür für ausländische Kriminelle weit geöffnet. Selbst ohne Verstöße gegen das Ausländerrecht gibt es seit 2014 eine Steigerung der Ausländerkriminalität um 177%. Dagegen nahm die Anzahl der tatverdächtigen Deutschen in diesem Zeitraum um 14 % ab.

- *Verstärktes und effektiveres Vorgehen gegen die Ausbreitung des Islamismus in Deutschland – Drucksache 19/17126*
- *Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Clanfamilien zum Schutz von*
- *Bürgern und Rechtsstaat – Drucksache 19/11121*

**1: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews“, S. 119 (Link s. Rückseite)*
**2: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews“, S. 90 (Link s. Rückseite)*
**3: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews“, S. 96 (Link s. Rückseite)*

ⓘ Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion mit Drucksachen-Nr. bzw. Programmaussagen

Wohlfühlphrase: „Wir sind wirtschaftlich breit aufgestellt“
Unternehmen wandern ab wegen der schlechten Infrastruktur, der Stimmungsmache gegen ganze Branchen und wegen fehlender Investitionsanreize. Während wir schon unsere digitale Souveränität komplett preisgegeben haben, droht uns nun auch noch, unsere Schlüsselindustrien zu verlieren.

- *Lieferketten schützen - Heimische Wertschöpfung steigern - Unterstützung von Unternehmen zur vereinfachten Produktionsrückverlagerung nach Deutschland – Drucksache 19/20680*
- *Wissenschaftlichem Nachwuchs in Deutschland eine Perspektive geben – Drucksache 19/6424*

§ RECHTSSTAATSLÜCKEN ERKENNEN
AfD: „So viel Freiheit wie möglich, nicht mehr Einschränkungen als nötig“

Schon am **22. April 2020** forderte die AfD-Bundestagsfraktion (Drucksache 19/18738): **„Die verfassungsmäßigen Rechte der deutschen Bevölkerung dürfen keine Sekunde länger eingeschränkt werden als unbedingt notwendig.“ Nachdem die Covid-19-Erkrankungen zurückgegangen sind, ist es an der Zeit, „die verhängten Maßnahmen zu lockern, um die Einschränkungen für die Bevölkerung und den Schaden für die Wirtschaft so gering wie möglich zu halten.“**

Am **1. Juli 2020** forderten wir zudem, **„die epidemische Notlage gemäß Artikel 115 Absatz 2 Satz 6 des Grundgesetzes unverzüglich zu beenden“ und „die allgemeinen Einschränkungen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens unverzüglich zu beenden“** (Drucksache 19/20739).

Nachfolgend haben wir mögliche Grundrechtsverletzungen beispielhaft aufgeführt.

Artikel 1, Abs. 1 GG: Menschenwürde
Die Garantie der Menschenwürde ist in ihrem Grundsatz betroffen, wenn z. B. Menschen in Alters- und Pflegeheimen keinen Besuch mehr empfangen dürfen oder dieser noch recht eingeschränkt ist. Vollständig isoliert und teilweise auch noch in Schutzkleidung „verpackt“, mussten und müssen Menschen in Zeiten von Corona aus dem Leben scheiden.

**1: Ausführliche Quellenangaben in „Fakten statt Fakenews“, S. 55 (Link s. Rückseite)*

ⓘ Initiativen der AfD-Bundestagsfraktion mit Drucksachen-Nr. bzw. Programmaussagen

Art. 2 Abs. 1 GG:
Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit / Allgemeine Handlungsfreiheit.
Bürger sind durch Kontaktverbote bzw. Vorgaben für Kontaktreduzierungen und Ausgangsbeschränkungen in der Krise deutlich eingeschränkt. Quarantäneanordnungen greifen ebenfalls in das Recht der Freiheit der Person ein – ebenso, wenn Geschäfte oder Betriebe auf staatliche Anordnung hin geschlossen werden.

Art. 2 Abs.1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG:
Recht auf informationelle Selbstbestimmung.
Als weiteres elementares Recht der Bürger kann der Datenschutz gerade im Zuge der Übermittlung von Mobilfunkdaten im Rahmen von Corona-Tracking-Apps verletzt sein. Auch die Erhebung und Verwendung von persönlichen Daten beim Besuch von Gaststätten ist hoch kritisch.

Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG: Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit
Die Staatsorgane müssen alle verfügbaren Erkenntnisse und Wertungen für ihre Meinungsbildung berücksichtigen. Wie schon bei Asyl-, Energie- und Klimathemen weigern sich Regierung und Medien beharrlich, einen öffentlichen Diskurs zu führen. Namhafte Wissenschaftler mit abweichenden Meinungen zu Corona werden negiert oder diskreditiert. Somit bleiben wichtige Handlungsoptionen zur Bekämpfung der Corona-Krise außer Acht.

Art. 3 GG: Gleichheitsgrundsatz
Es ist eine verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung, wenn die Verordnungsgeber ohne jedwede belastbare Grundlage frei darüber bestimmen können, ab welcher Verkaufsfläche ein Ladengeschäft geöffnet werden darf. Ungleichbehandlung liegt auch vor, wenn Senioren im Altenheim nicht, Menschen in ambulanter Pflege aber doch besucht werden dürfen.

Art. 4 Abs. 1 GG: Glaubensfreiheit
Die bundesweiten Einschränkungen greifen massiv und bisher beispiellos in die Religionsfreiheit der Gläubigen der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften ein. Jeder Gottesdienst gilt als öffentliche Versammlung, die entweder nicht mehr oder nur eingeschränkt stattfinden kann. Verfassungsrechtler sehen dies als „schwerwiegenden Eingriff" an, da es hinreichend wirksame Mittel gibt, das Infektionsrisiko auch in einer Kirche zu minimieren. „Virtuelle Gottesdienste" sind kein Ersatz für die Gemeinschaft.

Art. 5 Abs. 1 GG: Freiheit der Meinungsäußerung
Abweichende wissenschaftliche Stimmen werden ausgegrenzt, gar als „verschwörungstheoretisch" abqualifiziert. Gleichzeitig wird die Öffentlichkeit in regelrecht propagandistischer, an Kriegszeiten erinnernder Rhetorik mit gefälliger Meinung geflutet. Eine Demokratie lebt von unterschiedlichen Sichtweisen, aus denen sich die Bürger ihre Erkenntnisse und daraus folgenden Konsequenzen selbst ziehen können. Dieser Grundsatz wird auch bei Corona massiv verletzt.

Art. 8 GG: Versammlungsfreiheit.
Dieses Recht ist eine Säule unserer Demokratie. Alle Deutschen (d.h. Deutsche nach Art. 116 GG, folglich Ausländer eindeutig ausgenommen) haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Infolge von Ausgangsbeschränkungen und Kontakt-Verboten wurde dieses Grundrecht faktisch außer Kraft gesetzt. Nachdem jedoch das Bundesverfassungsgericht deutlich gemacht hatte, dass pauschale Verbote von Demonstrationen nicht verfassungskonform sind, können unter Einhaltung bestimmter Schutzmaßnahmen (Höchstzahl der Teilnehmer, Abstandsgebot etc.) und nach Einzelfallprüfung, Demonstrationen wieder stattfinden. Dennoch muss die Polizei nicht begründen, dass sie eine Kundgebung schon vor Beginn auflöst. Vielmehr müssen sich die Bürger bereits dafür rechtfertigen, dass sie es überhaupt wagen, zu einer Kundgebung auf die Straße zu gehen, um auf die Gefahr der Grundrechtseinschränkungen hinzuweisen.

Art. 11 GG: Freizügigkeit.
Alle Deutschen haben das Recht, sich frei im Bundesgebiet zu bewegen. Dieses Recht ist abgeschafft. Wer sich für den Gang vor die Tür oder Reisen in der eigenen Region oder in andere Bundesländer rechtfertigen muss, ist in seiner Freizügigkeit beschränkt. Manche Bundesländer hatten sogar Einreisestopps verhängt. Die Bürger durften sich nur im „näheren Umfeld" bewegen und ihre Wohnung während des Lockdown nur aus „triftigen Gründen" verlassen.

Art. 12 GG: Berufsfreiheit
Die Berufsfreiheit umfasst sowohl die freie Berufswahl als auch die freie Berufsausübung. Insoweit war jeder, der seine Bar, sein Modegeschäft, seine Buchhandlung oder sein nicht „systemrelevantes" Einzelhandelsgeschäft schließen musste, in seiner Berufsfreiheit eingeschränkt. Auch zwangsweise verordnetes Homeoffice kann als Eingriff gesehen werden.

Art. 13 Abs. 1 GG: Die Unverletzlichkeit der Wohnung
Das Kontaktverbot umfasste auch Feierlichkeiten in eigenen und fremden Wohnungen. Darüber hinaus kann ein Amtsarzt mit entsprechender Ermächtigung – unter Anwendung von Zwang die Wohnung einer infizierten Person betreten. Das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung ist damit beschränkt.

Art. 14 GG: Eigentumsfreiheit
Manche Bundesländer verboten die Einreise von Personen aus anderen Bundesländern und setzten damit das Recht auf Freizügigkeit (Art. 11 GG) praktisch außer Kraft. Damit wurde auch die Eigentumsgarantie von Art. 14 Abs. 1 GG berührt, wenn bspw. der Besitzer einer Zweitwohnung in einem anderen Bundesland nicht sein Eigentum betreten durfte, somit nicht mehr über sein Eigentum verfügen konnte.

Art. 19 GG: Soweit ein Grundrecht durch Gesetz eingeschränkt werden kann:
In keinem Fall darf ein Grundrecht im Wesensgehalt angetastet werden. Dieser Artikel wird die Verfassungsrechtler auch noch lange nach Corona beschäftigen. Wie lange darf man wie viele Grundrechte außer Kraft setzen, ohne dass sie alleine, oder in ihrer Gesamtheit in ihrem Wesen angetastet werden?

Uwe Schulz, Mitglied des Bundestages
Wahlkreis 173 (Gießen/Alsfeld)

Mitglied im Ausschuss Digitale Agenda
Mitglied im Ausschuss Digitale Infrastruktur (Stv.)
Mitglied der Enquete-Kommission Bildung/Digitale Arbeitswelt
Vorsitzender der Parlamentariergruppe Bulgarien/Moldawien/Rumänien
Mitglied der Finanzkommission und des IT-Lenkungskreises der AfD-Fraktion
Mitgründer der Konferenz Freier Medien

30 Jahre Erfahrung im Management großer Unternehmenseinheiten im In- und Ausland

Dr. Frank Grobe, Mitglied des Hessischen Landtages
Wahlkreis 28 (Rheingau-Taunus I)
Parlamentarischer Geschäftsführer

Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst
Mitglied im Kulturpolitischen Ausschuss
Mitglied im Kuratorium der Landeszentrale für Politische Bildung

20 Jahre Erfahrung in der Kommunikation großer und international tätiger Unternehmen

Informationen zu den verwendeten Quellen: In den Fußnoten genannte Grafiken wurden der Publikation „Fakten statt Fakenews“ der AfD-Landtagsfraktion Hessen entnommen (Version vom 1.7.2020).

Aufgrund der Fülle der dort genannten Quellen verzichten wir in vorliegender Broschüre auf die Einzelangaben und verweisen unter Angabe der jeweiligen Seitennummer direkt auf die Publikation "Fakten statt Fakenews", die Sie im Internet unter www.afd-fraktion-hessen.de/faktensammlung oder über den QR-Code finden.

3. Auflage, Mai 2021.
Jede Verwendung dieser Broschüre, der Schaubilder und Texte, bedarf der Zustimmung der Herausgeber. Das Benennen der Daten, die Wiedergabe von Namen, Begriffen, Bezeichnungen erfolgt nach bestem Wissen und Gewissen. Die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben in den Texten und Darstellungen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Es wird keine Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen und Bewertungen oder Recherche-Ergebnisse und Quelltexte übernommen. Fotos wurden freien Bilddatenbanken entnommen bzw. stammen aus der Sphäre der Herausgeber. Für den Inhalt abgedruckter Websites oder angegebener Links ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die Herausgeber haben keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernehmen keine Haftung.

Kontakt

uwe.schulz@bundestag.de
f.grobe@ltg.hessen.de

Alternative für Deutschland

V.i.S.d.P: Schulz / Grobe
Uwe Schulz, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, uweschulz.info, uwe.schulz@bundestag.de Dr. Frank Grobe, MdL, Hessischer Landtag, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, frank-grobe.de, f.grobe@ltg.hessen.de